

Jugendkriminalität in Berlin

heute 21:30 Uhr

Senat beschließt Programm gegen Schulgewalt

Um die Sicherheit für Schüler und Lehrer zu erhöhen, will Sandra Scheeres vor allem Gewaltprävention und Krisenmanagement ausbauen. VON FELIX HACKENBRUCH



Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) will mehr Sicherheit in Berlins Klassenzimmern. FOTO: DPA/PAUL ZINKEN

Der Senat will seine Bemühungen gegen Gewalt an Schulen verstärken. Auf der Sitzung am Dienstag legte Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) ein „Berliner Programm gegen Gewalt an Schulen“ vor, bei dem Gewaltprävention und psychologisches Krisenmanagement im Fokus stehen. **Grundlage ist ein Antrag, der noch unter Rot-Schwarz beschlossen worden war.**

Die Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ), die es in jedem Bezirk gibt, sollen gestärkt werden. Auch soll es noch mehr Schulungen für Gewaltprävention geben. Im vergangenen Jahr nahmen 4000 Lehrer teil. Auch Elternarbeit und Kooperationen mit der Polizei sollen im Rahmen der bestehenden Strukturen ausgebaut werden.

Schulgewalt steigt kontinuierlich in Berlin

Die Senatorin sagte, sie sei „sehr stolz“, dass es inzwischen in mehr als der Hälfte aller Schulen sogenannte Krisenteams gebe. Das sind Lehrer, die psychologisch geschult und Ansprechpartner in Nottfallsituationen sind. Sie kamen zum Beispiel nach dem Anschlag in Nizza zum Einsatz, bei dem auch Berliner Schulklassen vor Ort waren. „Mein Ziel ist es, im Schulgesetz zu verankern, dass alle Schulen ein Krisenteam haben“, sagte Scheeres.

In den vergangenen Jahren ist die Schulgewalt kontinuierlich angestiegen. Vor allem in Grundschulen stieg die Zahl gemeldeter Fälle. **Auch Gewalt und verbale Entgleisungen gegen Lehrer verdoppelten** sich in den vergangenen fünf Jahren – von 300 auf 636 Fälle. Die Zahl der Fälle schwerer körperlicher Gewalt an Schulen wuchs 2015/16 gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel auf 750.

Mobbing und Drogenmissbrauch müssen nicht gemeldet werden

Trotz der steigenden Zahlen will Scheeres die Regularien bei der Meldepflicht vorerst nicht ändern, sondern „evaluieren“. Es gibt drei Gefährdungsstufen, von denen Stufe eins – etwa Beleidigungen, Drogenmissbrauch und Mobbing – nicht gemeldet

werden muss. **Die Zahl der freiwilligen Meldungen steigt aber ebenfalls.** Experten werten das als Zeichen, dass Lehrkräfte auf Probleme an Schulen hinweisen wollen.

Mit Blick auf die Polizeistatistik verwies Scheeres auf sinkende Straftaten. Der Unterschied zur Schulgewalt-Statistik könne sich durch inhaltliche Vermischung in den Fragebögen und unterschiedliche statistische Zählweise ergeben. Scheeres sagte, dass es aus den Schulen Kritik an der Bürokratie gebe.

SPD-Bildungsexperte Joschka Langenbrinck, durch dessen Anfragen immer wieder Zahlen zu Schulgewalt öffentlich werden, äußerte sich zufrieden über das neue Programm. "Das ist ein klares Signal dafür, dass Rot-Rot-Grün Handlungsbedarf beim Thema Gewalt an Schulen sieht." Er hoffe aber, dass nach der Evaluierung zukünftig auch die Gefährdungsstufe eins von Schulen gemeldet werden müsse.

Allein gelassen im Brennpunkt: *Lesen Sie hier den Erfahrungsbericht eines Vertretungslehrers aus Wedding und Hellersdorf.*